

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Zusätze
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden
für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags angenommen.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 5. Septbr. Se. Maj. der König haben Allernächst geruht: Dem Direktor der Gebammens-Lehranstalt zu Danzig, Geh. Sanitätsrat Dr. Fischer und dem bisherigen Regens des bischöflichen Priesterseminars zu Paderborn, Domkapitular Dr. Schulte, den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Regierungsrath Roppin zu Stargard in Pommern und dem Ober-Steuerkontrolleur, Steuerinspektor Bewersdorf zu Chodasen den Rothen Adlerorden 4. Klasse, dem Divisions-Auditeur Justizrat Sander bei der 14. Division den Königl. Kronenorden 3. Klasse, dem Kreisgerichtsrath Schäff zu Jauer den t. Kronenorden 4. Klasse und dem Beamten der Synagogengemeinde zu Breslau Koppel das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Regierung- und Baurath Henke zu Marienwerder den Charakter als Geh. Regierungsrath; so wie dem praktischen Arzt Dr. J. Gaben in Berlin den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Mailand, 4. Sept. Die „Perseveranza“ konstatirt, daß das Schreiben des Kaisers Napoleon an den König von Italien im Betreff der Abtreitung Venetiens in Italien schmerzliche Sensation hervorgebracht habe.

Deutschland.

Preußen. V. Berlin, 4. September. Im Herrenhause ging es heute heißer her, als seit unendlicher Zeit. Die Stabilität des Hauses in seiner Opposition gegen die Beseitigung der Wuchergerüste hängt an, der Regierung unbequem zu werden. Man erzählt allerlei über sehr energische Erklärungen des Justizministers in der Kommission und die heutige Plenardebate schien jene Angaben zu bestätigen. Die allerdings grobhartigen Ausführungen des Herrn v. Kleist-Retzow gegen die Aufhebung des beschränkten Zinsfußes brachten den Handelsminister Gr. Ikenplitz so in Harnisch, daß ihm bei seiner Rede fast der Athem verging. Der Justizminister sprach heute auch in längerer Ausführung, als man es sonst von ihm gewohnt ist, gegen den Fortbestand der Wuchergerüste, ebenso des Regierungskommissar, Geh. Regierungsrath Eck, und aus dem Schoße des Hauses besonders überzeugend der ehemalige Justizminister v. Bernuth. Allein, wenn die Stabilität der Führer des Hauses berührt wird, dann fällt selbst Stahl's Parole von der Autorität, dann heißt es hier Opposition um jeden Preis. Die Debatte ist zwar auf morgen vertagt, allein die Annahme der Kommissionsvorschläge, welche der Handelsminister für eine Ablehnung der beantragten Aufhebung der Wuchergerüste erklärt hat, fast zweifellos. Man glaubt allgemein, daß das Haus auch die gestern im Abgeordnetenhaus mit so erstaunlicher Majorität angenommene Indemnitätsvorlage gleichfalls ablehnen werde, und doch scheint der Regierung viel an der Annahme des Gesetzes zu liegen. Man ist begierig, was dann weiter geschieht. Am Sonnabend will übrigens das Herrenhaus in geheimer Sitzung sich wieder einmal mit dem auffälligen Gr. v. Westphalen beschäftigen. Die Sache ist vertagt worden, weil noch eine etwas verspätet erbetene Rückübertragung des Grafen aussteht. Es ist Seitens der Matrikelkommission ein gedruckter Bericht erstattet worden, der jedoch wie ein furchtbare Staatsgeheimnis hinter Schloß und Riegel und unter Siegel vermahrt wird. Selbst dem Drucker ist protokollarisch die Verpflichtung abgenommen, seinerseits nichts Gedrucktes herauszugeben von den Geheimnissen des Hauses! — Im Abgeordnetenhaus wird heute der Bericht über das Reichswahlgesetz verlesen und morgen Abend vertheilt. Die Plenardebate steht für Montag an, Freitag und Sonnabend wird die Annessionvorlage berathen, trotz Alledem und Alledem wird die Session kaum vor dem 20. September schließen.

= Berlin, 4. September. [Friede mit Hessen; zur Demobilisierung; Einzug der Truppen; zur Anwesenheit der französischen Kommission; zur Ausstellung.] Die wichtigste Nachricht ist, daß die Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Hessen zum Abschluß gekommen sind und der Vertrag gestern unterzeichnet worden ist. Wie man hört, ist die Grundlage dieses Vertrages in Übereinstimmung mit den früher mitgeteilten preußischen Forderungen, d. h. Hessen bewilligt eine Gebietsabtretung und zahlt eine Geldentschädigung. Man schätzt den Umfang der von Hessen abzutretenden Stütze auf etwa 20 Meilen. Der Eintritt Oberhessens in den norddeutschen Bund ist gesichert.

Die Nachrichten von schon eingetretener Demobilisierung sind falsch; es sind nur Verfügungen für den Zeitpunkt erlassen, wo die Rückkehr der Truppen erfolgt sein wird und dieselben also sich in den Standquartieren, wo eine Demobilisierung überhaupt ordnungsgemäß nur erfolgen kann, befinden werden.

Der Einzug der Truppen in Berlin wird wahrscheinlich und soweit bis jetzt feststeht, am 20. oder 21. d. M. erfolgen. Sicherer ist darüber noch nicht anzugeben, da die Berathungen der Kommission noch immer fortduern, und von einer Entscheidung des Königs noch nichts verlautet.

Wir kommen noch einmal auf die Anwesenheit der beiden französischen Bevollmächtigten, die Herren Dzenne und Barbier zurück und wiederholen, daß dieselbe, die übrigens, wie wir schon einmal gesagt, nur von kurzer Dauer war, sich weder auf die Saarbrückner Kohlengruben, noch auf Tarifveränderungen bezog, sondern daß sie in Verbindung mit der Konferenz stand, welche vor einiger Zeit die Bevollmächtigten verschiedener Regierungen in Köln wegen der Zuckerzölle abgehalten haben. Auch diese hatten nichts mit Tarifveränderungen zu thun, sondern die vielen Unzuträglichkeiten, welche bei der Anwendung der Zuckerzölle in Frankreich sich herausgestellt, haben Besprechungen veranlaßt, welche in Köln angefangen haben und hier mit anderen Beamten fortgesetzt sind, um sich nach allen Seiten Aufklärung zu verschaffen.

Man hat in Paris den lebhaften Wunsch, die Ausstellung zu einer wirklich allgemeinen zu machen und dasselbst alle nur irgend möglichen und interessanten Gegenstände zu vereinigen. An mehreren Gegenständen scheiterte dieser Wunsch, namentlich in Bezug auf Pflanzen; daß solche

von Amerika, Afrika und Asien nicht geschickt werden können, versteht sich von selbst, aber auch von hier aus ist es schwierig. Man ist daher auf eine andere Idee gekommen; die Kaiserliche Kommission will ein Diorama aufstellen, in welchem die Abbildungen aller Pflanzen ihren Platz finden sollen. Deshalb hat sich die Kommission an sämtliche Regierungen gewandt und sie gebeten, Aufforderungen zu erlassen, daß Abbildungen von Pflanzen, sowohl einzeln als in Gruppen, gute Aufnahme finden würden und eine dankende Erwähnung für die Einsender bereit gehalten werden sollte; auch ist dabei vorgeschlagen worden, die Photographie anzuwenden, nur hat das Ganze den Uebelstand, daß alle Sendungen portofrei geschehen und diese Abbildungen ohne Entschädigung als Geschenk verbleiben sollen.

— „Zur Demobilisierung“ bringt die „N. Pr. Z.“ nachstehende Mitteilung:

Laut einer königlichen Kabinetsordre erfolgt nunmehr nach erfolgtem Friedensschluß die Rückkehr der mobilen 1., 2. und Elbarmee und des 2. Reservekorps von den betreffenden Kriegsschauplätzen und die Demobilisierung derselben. Die Demobilisierung des großen Hauptquartiers Sr. Maj. des Königs hat bereits am 1. d. Mts. stattgefunden.

Nach einer anderweitigen königlichen Ordre ist den stellvertretenden Generalkommando's anheimgestellt, bereits jetzt bei den innerhalb der betreffenden Korpsbezirke dislocirten Truppenteilen die eingezogenen Mannschaften der Landwehr, soweit es die örtlichen Dienstverhältnisse gestatten, in die Heimath zu entlassen.

Die vierten Bataillone rücken in die Stabsquartiere ihrer betreffenden Regimenter. Das königl. Gouvernement von Hannover wird die seinem Befehle unterstellten vierten Bataillone, jedoch erst nach Maßgabe des Eintreffens der neuen für Hannover bestimmten Besatzung eben dahin instruiren.

Die sämtlichen Erfah-Truppentheile, welche sich nicht in den Stabsquartiere ihrer zugehörigen Truppenkörper befinden, werden durch die stellvertretenden Generalkommando's, sobald als dies, nach Maßgabe der lokalen rc. Verhältnisse zulässig ist, mit ihren sämtlichen Beständen rc. nach den bezüglichen Stabsquartieren dislocirt werden. Sofern die Erfahbataillone der Infanterie sich bei dieser Dislokationsveränderung von ihren Kompletirungsbezirken entfernen, werden zuvor alle bei denselben eingestellten Landwehrmannschaften in die Heimath entlassen.

Die königlichen Generalgouvernements von Hannover und Sachsen, so wie das Kommando der Truppen in den Elbherzogthümern werden auf möglichst beschleunigte Rückendung der ihren Befehlen unterstellten Landwehrbataillone in deren Stabsquartiere Bedacht nehmen, wofür deren sofortige Auflösung erfolgen wird. Ebenso sind die stellvertretenden Generalkommandos angewiesen worden, alle übrigen Landwehrbataillone in deren Stabsquartieren aufzulösen, soweit und sobald dieselben zu Besatzungs- u. i. w. Zwecken nicht mehr erforderlich sind.

— Wie man hört, ist Allerhöchster Orts bestimmt worden, daß bei dem Einzug der Truppen in Berlin sämtliche kommandirende Generale anwesend sein sollen. Auch erwartet man zu dieser Zeit die Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg, so wie den Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha hier in Berlin. — Es liegt im Plane der Militär-Verwaltung, die hier in der Stadt befindlichen Kasernen mit der Zeit außerhalb der Stadt zu verlegen. Jetzt liegen diese Gebäude mit in den belebtesten Stadtgegenden, so daß der Verkauf nicht nur die Kosten der Neubauten decken, sondern noch ansehnliche Überschüsse liefern würde. Derartige Veränderungen erfordern zu ihrer Ausführung allerdings Jahre.

— Nach sehr positiven der „B. B. Z.“ zugehenden Nachrichten ist die Reise des Kaisers Napoleon nach Biarritz vollständig ausgegeben. In naturgemäßer Folge davon ist denn auch die beabsichtigte Reise des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck für unbestimmte Zeit vertagt.

— Die Abberufung des Fürsten Metternich vom Botschafterposten in Paris ist feststehende Thatache. Als neuer österreichischer Botschafter geht der Graf Esterhazy an den Tuilerienhof, während Fürst Metternich Gesandter in Rom wird.

— Die „Karlsruher Zeitung“ enthält folgende halböffentliche Mitteilung: „In einigen Tagesblättern trifft man auf die Deutung, als wenn in den Nikolsburger Präliminarien vom 26. Juli d. J., denen die drei süddeutschen Staaten in ihren Friedensverträgen mit Preußen zugestimmt haben, die Gründung eines besonderen süddeutschen Bundes zum Zwang gemacht sei. Wir erfahren, daß in Bezug hierauf Erklärungen mit Preußen gewechselt sind, welche eine solche Deutung ausschließen. Wie gering übrigens die Neigung zum Abschluß eines süddeutschen Bundes selbst in Bayern sein dürfte, ergeben die jüngsten Münchner Kammerverhandlungen, die Darlegungen des Frhns. v. d. Pförden in beiden Kammern, daß Programm der Linken der zweiten Kammer, und die von derselben beschlossene Resolution zu dem Anteilegesetz.“

— Aus München berichtet die „A. Abdz.“: Bei dem allerdings an Umfang geringen, an Preußen abzutretenden Staatsgebiet verliert Bayern 3700 Tagw. Wald, welches fast 6 Reviere ausmacht und eine jährliche Einnahme von 87,000 fl. repräsentiert; jedoch ist es bei den Friedensunterhandlungen noch gelungen, den größten Theil des schönen Reviers Burgjoss Bayern zu erhalten.

— Dem „Nürnberger Kor.“ wird „vom Main“ berichtet: „Die zwischen Berlin und dem Haag schwedenden Verhandlungen über die künftige politische Stellung des Großherzogthums Luxemburg nehmen, wie aus verlässiger Quelle verlautet, eine Wendung, welche keineswegs eine baldige Erledigung erwarten läßt. Der König-Großherzog beharrt dabei, alle Vorschläge für einen Anschluß des Großherzogthums an den Norddeutschen Bund abzulehnen und die Räumung der Festung Luxemburg durch Preußen zu verlangen. Preußen dringt dagegen immer entschiedener auf den Beitritt des Großherzogthums zu dem Norddeutschen Bund und weist die Idee einer Räumung der Festung kategorisch zurück.“

— Wie man hört, sind von Seiten des Grafen Bismarck sehr entschiedene Schritte gethan worden, um von der bayerischen Regierung Genugthuung für die unserigen Soldaten in Aschaffenburg zugefügten Schmähungen und Mißhandlungen zu erlangen.

— Bekanntlich konnten in Hohenzollern die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wegen der württembergischen Invasion nicht rechtzeitig vorgenommen werden; die neueste Nummer des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Singen bringt nun eine Bekanntmachung, wonach die Wahl der beiden hohenzollerischen Abgeordneten am 10. September stattfinden wird.

— Ueber die Mitgliederzahl des zu bildenden Norddeutschen Parlaments verlautet, daß es voraussichtlich 193 Mitglieder aus Preußen umfassen wird, ferner 42 aus den annexirten Ländern und 56 aus dem übrigen Bundesstaate, zusammen 291. Von den letzteren schickt jeder Staat mindestens ein Mitglied, auch Schleswig-Holstein, obgleich es nur 31,000 Einwohner zählt, mit Ausnahme von Neuß älterer und jüngerer Linie, die zusammen einen Abgeordneten wählen.

— Nachdem der Kurfürst von Hessen im Hotel de Prusse zu Stettin Wohnung genommen hat, ist sein bisheriger Hofstaat im dortigen Schlosse aufgelöst worden und sind auch schon die königlichen Wagen, Pferde rc. nach Berlin zurückgeschafft worden.

— Beim Finanzminister Freiherrn von der Heydt fand Sonntag Mittag, und zwar in der Villa desselben, ein parlamentarisches Diner statt, an welchem alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses (mit Auschluß der äußersten Linken) Theil nahmen. Anwesend waren außer den drei Präsidenten des Hauses die folgenden Herren: Landrat Graf Eulenburg, Minister a. D. v. Bodelschwing, v. Blankenburg, v. Denzin, v. Vincke (Hagen), v. Vincke (Olsendorf), v. Cynern, Overweg, Westen, Neichenheim, Nöppel, Michaelis (Stettin), v. Voelck-Dolfs. Der Ton bei diesem Diner wird uns als ein sehr ungezwungen geschildert und die Gespräche verbreiteten sich mit großer Offenheit über eine große Anzahl von Fragen der inneren Verwaltung und der auswärtigen Politik. Wenn in Bezug der letzteren eine prinzipielle Differenz nirgends bemerkbar machte, auch in Bezug auf die noch vorhandenen Schwierigkeiten eine ziemlich rosig-Laune herrschte, so traten doch in Bezug auf manche innere Fragen trotz der animirenden Einflüsse der Laienfreuden mancherlei Meinungsverschiedenheiten zu Tage, ohne die gesellige Harmonie wesentlich zu tangiren.

— Aus dem Marienwerder Kreise, 1. Septbr. Man spricht in unserer Gegend viel von einem Schreiben des Hrn. Landrats v. Busch, das derselbe vor Kurzem an mehrere deutsche Befürer gerichtet haben soll, in welchem dieselben eracht würden, ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, ob und in wie weit an den dem Hrn. Landrat wiederholt mitgetheilten Gerüchten, daß bei der polnischen Bevölkerung des Kreises Sammlungen für die österreichische Armee veranstaltet und Vorräte an Waffen gesammelt und in den Kirchen aufbewahrt würden, ein positiver Anhalt sich aufzufinden lasse, und desselbige Wahrnehmungen und vertrauliche Ermittlungen an den Hrn. Landrat gelangen zu lassen. Wenn ein solches Schreiben wirklich in Circulation gelegt worden sein sollte, so dürfte dasselbe unter unseren deutschen Befürern schwerlich Aufstimmung finden, da man bierorts derartige Gerüchte überhaupt keinen Glauben schenkt. Überdies sind für die verwundeten Soldaten gerade Seitens des polnischen landwirtschaftlichen Vereins zu Peßken, also der Centralstelle unserer Provinzen Polen, durch freiwillige Beiträge, so wie aus dem Ertrage eines zu diesem Zwecke veranstalteten Konzerts und Liebhaber-Theaters nicht unerhebliche Beträge dem desfalligen Kreis-Unterstützungs-Verein zugeführt worden. (D. B.)

— **Ostreich.** Wien, 2. Sept. Am 30. August hat die erste geschäftliche Zusammensetzung zwischen den Bevollmächtigten Ostreichs und Italiens, dem General Grafen Wimpffen und dem General Menabrea, stattgefunden, in welcher es sich nur um die Erledigung der Formalien, wie Ratifikation der Vollmachten gehandelt hat. Wie der „Press“ berichtet wird, nehmen die Friedensverhandlungen mit Italien einen günstigen Verlauf und werden viel rascher zu Ende geführt sein, als man Anfangs vermuten zu können glaubte. Man erwartet, daß der Friedensschluß schon in zehn bis zwölf Tagen vollendet Thatsache sein wird. Die Ursache des raschen Fortschreitens der Verhandlungen liegt der „Press“ zufolge darin, daß man sich geeinigt hat, nach Feststellung der Prinzipien alle diejenigen Verhandlungen, deren Verathung längere Zeit erfordert, speziellen Kommissionen zu übertragen, welche nach dem Friedensschluß erst zusammentreten sollen. So wird eine Kommission für die militärischen, eine für die finanziellen, eine für die Handels- und Zollfrage u. konstituiert werden. In dem Friedensinstrument selbst werden diese Fragen der Entscheidung der Kommissionen vorbehalten bleiben. General Möring, der den Waffenstillstand zu Cormons abschloß, ist zum Bevollmächtigten für die militärische Kommission ernannt worden. General Wimpffen, früher österreichischer Gesandter in Kopenhagen, war während des Krieges dem Erzherzog Albrecht, Kommandirenden der Südarmee, als diplomatischer Beirath zugetheilt gewesen. Die „Debatte“ bemerkt: „Es heißt, daß der italienische Bevollmächtigte überaus versöhnlich und entgegenkommend auftrete und daß es sich bereits zeige, Welch eine glückliche, dem zu erstrebenden Zweck förderliche Wahl die italienische Regierung in der Person des Grafen Menabrea getroffen hat.“

— Als interessanten Beitrag der Stellung Bayerns zu Ostreich vor Beginn des Krieges gibt die „B. B. Z.“ nachstehende Mitteilung ihres Wiener Korrespondenten, d. d. 2. September: „Aus den der bayrischen Kammer gemachten Vorlagen ist der Inhalt der Konvention von Olmütz (14. Juni) bekannt geworden, welche das Maß der bayrischen Leistungen für die gemeinsame Kriegsführung dahin festsetzte, daß Bayern eine Armee von höchstens 50,000 Mann ins Feld zu stellen habe, die aber in erster Reihe das bayrische Gebiet zu decken bestimmt sei. Es mag noch jetzt ein Interesse haben, die bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangte Thatsache aufzudecken, daß früher General v. d. Tann eine Konvention in Wien abgeschlossen hatte, durch welche Bayern zur unmittelbaren Kooperation mit Ostreich ein Armeekorps nach Böhmen zu senden sich verpflichtete, daß aber diese Konvention in München nicht ratifiziert wurde.“

Wien. 4. September. Die „Wiener Abendp.“ schreibt: Süddeutsche Organe sprechen von einem Vertragsbruch Oestreichs gegen Bayern und legen eine irrig angezogene Stelle aus der Rede Pfordens so aus. Der bairischen Regierung ist wohl bekannt, daß Preußen ausdrücklich die Friedensverhandlungen mit Oestreich und den Bundesgenossen verweigerte, vielmehr auf besonderen Verhandlungen mit den Kriegsführenden Mächten bestand, eben so daß Oestreich zur Fortführung des Krieges keinesfalls aufgemuntert wurde.

Bayern. Aus der Oberpfalz. — Bezeichnend für den Kulturzustand der großen Massen unserer Provinz ist das beifolgende Gebet für die Erhaltung des Kaiserhauses Oestreich. Dasselbe wird seit mehreren Monaten von der Geistlichkeit unserer Diözese an die Gläubigen zu Hunderttausenden von Exemplaren zu 1 und 2 kr. verkauft, und wird selbst im Beichtstuhl zur Abbüßung der Sünden — statt Ave Maria und Vater unser — empfohlen.

Der Druck besorgte die bekannte ultramontane Officin von Pustet, Ritter mehrerer päpstlicher Orden. Das Gebet lautet wörtlich: „Für die Erhaltung des Kaiserhauses Oestreich. Erhalte, o gütiger Gott und Herr! in Deiner Furcht und Liebe, in Frieden und Wohlfahrt das gesammte österreichische Kaiserhaus; und wie Du es zum Schutz und Schirm der heiligen Kirche in dieser Zeit außersehen und bestellt hast, so befestige und beschirme es mit der Rechten Deiner Allmacht, auf das kein Feind etwas über dasselbe vermöge, und lasz es, o Herr! der Christenheit zur Hülfe sein. Verleihe, o starker Gott! Sieg und Heil Oestreichs Fürsten, und ziehe nie Deine Hand von ihnen ab, die ja in Dich ihre höchste Zuflucht setzen. Strecke aus Deine siegreiche Hand gegen Alle, die, von Hass und blinder Eifersucht getrieben, dieses ehrwürdige Haus bekriegen, auf daß sie gedemüthigt vor Deinem Angesichte fliehen, und damit Ali erkennen, daß Du über Deine auserwählte Heerde wachst und die Erhaltung des Erzhauses Oestreich, für welches wir Dich anslehen, Dein Wille ist. Erhöre uns, o Gott! und Dein Name sei gebenedict in Ewigkeit. Amen.“

Sachsen. Dresden, 3. Sept. Sicherum Vernehmen nach, meldet das „Dr. J.“, werden bis auf Weiteres in folgenden sächsischen Städten preußische Garnisonen stehen:

in Dresden: der Stab der 5. Division, der 9. Infanteriebrigade, der 5. Kavalleriebrigade und des Brandenburgischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 3; ferner der Stab und 4 Bataillone des Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabeth, der Stab und 3 Bataillone des Leib-Grenadier-Regiments (1. Brandenburgischen) Nr. 8 und die 3. Fuß-abtheilung des Brandenburgischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 3;

in Leipzig: der Stab und 3 Bataillone des 7. Brandenburgischen Infanterieregiments Nr. 60;

in Chemnitz: der Stab und das 1. und 2. Bataillon des 2. Brandenburgischen Infanterieregiments (Prinz Karl von Preußen) Nr. 12;

in Glauchau: das Füsilierbataillon desselben Regiments;

in Freiberg: der Stab und das 1. Bataillon des 5. Brandenburgischen Infanterieregiments Nr. 48;

in Annaberg: das 2. Bataillon vorstehenden Regiments;

in Meißen: das Füsilierbataillon desselben Regiments;

in Zwickau: der Stab und das 1. und 2. Bataillon des 6. Brandenburgischen Infanterieregiments Nr. 52;

in Plauen: das Füsilierbataillon desselben Regiments;

in Marienberg: das Brandenburgische Jägerbataillon Nr. 3.

Für die noch zu erwartenden Kavallerieregimenter der 5. Kavalleriebrigade sind die Garnisonen noch nicht bestimmt. Die Verpflegung der Truppen bleibt bis zum definitiven Friedenschluß in derselben Weise fortbestehen, wie sie jetzt stattfindet.

Hessen. Darmstadt, 2. Sept. Dem Vernehmen nach hat die preußische Regierung im Verlaufe der Friedensverhandlungen Ansprüche auf einen nicht unbedeutenden Theil der im hiesigen Landesmuseum und der Bildergalerie befindlichen Kunstdinge gestanden und erhoben. Dieselben gehörten ehemals den Sammlungen eines Herrn v. Hübsch an und wurden in Folge eines Vermächtnisses den erwähnten Instituten einverlebt. Unter den beanspruchten Gegenständen befinden sich Krummstäbe, Tabernakel und andere Kirchengrätschen von hohem Kunst- und Metallwerth, und die ausgezeichneten Gemälde der hiesigen Sammlung, besonders mehrere Tizians und Raphaels. Alle diese Objekte haben angeblich, ehe sie in den Besitz des Hrn. v. Hübsch gekommen sind, den Sammlungen des Kölner Domes und sonstiger Kölner öffentlicher Institute angehört, aus welchen sie auf unrechtmäßige Weise abhanden gekommen sind. Die preußische Regierung hat, um diese ihre Ansprüche geltend zu machen, schon früher einmal den Rechtsweg beschritten, ist aber da in mehreren Instanzen abgewiesen worden. (Fr. J.)

Mainz. Seit gestern und heute werden abermals 1200 Mann Soldaten in der Stadt einquartirt so daß die hiesige bei den Bürgern einquartierte und verpflegte Garnison wohl jetzt die Anzahl von 8000 Mann betragen wird. Zwar soll in kürzester Zeit die Einkasernirung der Truppen beginnen, jedoch die Verpflegung derselben auf Kosten der Stadt in so lange geschehen, bis der Friede mit dem Großherzogthum Hessen abgeschlossen sein wird. Gestern hat der Gemeinderath von Mainz einstimmig beschlossen, durch eine besondere Deputation die großherzogliche Staatsregierung nachdrücklichst zu ersuchen, den Friedensschluß zu beschleunigen und die in Rheinhessen konzentrierten Landestruppen zu entlassen. Heute ist diese Deputation nach Darmstadt abgereist, um den Beschluß an irgend eine dort aufzufindende Adresse der Regierung zu notifizieren. (Fr. J.)

Nassau. Wiesbaden, 2. Sept. In Folge eines Rekrips des Staatsministeriums sind sämtliche Behörden des Landes angewiesen, auf Kosten der betreffenden öffentlichen Kassen die preußische Fahne anzuschaffen. Es ist damit nicht gesagt, daß die nassauische Fahne nicht mehr aufgestellt werden darf, sondern es ist letzteres ausdrücklich gestattet, mit der Beschränkung jedoch, daß die nassauische Fahne auf einem öffentlichen Gebäude nicht allein, sondern, wenn man von ihr ferner noch Gebrauch machen will, nur neben, resp. unter der preußischen Fahne wehen darf.

Schleswig-Holstein.

Flensburg. 2. September. Vorigen Donnerstag sind sogenannte dänischgezogene Vertrauensmänner aus Nordschleswig, incl. Flensburg, wie es heißt, 45 wohlhabende Landbesitzer und andere namhafte Persönlichkeiten, in aller Stille nach Berlin abgereist, um bei Sr. Majestät dem Könige von Preußen für die Abtretung der nördlichen Hälfte des Herzogthums Schleswig an Dänemark zu wirken. Auch aus Angeln soll augenblicklich eine Deputation zu demselben Zweck in Berlin anwesend sein.

Es ist der Bericht über das Unglück an der Tönninger Fährte dahin zu redressiren, daß, nicht neun, sondern nur vier Männer dabei ertrunken sind. Es ist allerdings die bezeichnete Anzahl in Gefahr

gewesen, jedoch sind, wider anfängliches Vermuthen, noch Einige gerettet worden. (H. N.)

Altona. 1. Septbr. Bei einer vierten Hamburger Firma sind 4000 Gewehre, die als Waffen der Schleswig-Holsteiner für den vergeblich erhofften Krieg gegen Dänemark angekauft sein sollen, mit Beschlag belegt. In einer notariellen Urte wird die Firma dafür verantwortlich gemacht, daß kein Stück der 4000 Gewehre, sei es in natura oder in Geldwert, ohne Genehmigung der königlich preußischen Regierung von ihrem Lager entfernt werde. Der Gesamtwerth der in Hamburg und hier in Beschlag genommenen Militärgegenstände soll sich auf ca. 150,000 bis 200,000 Thlr. belaufen. Nach beendigter Untersuchung werden vermutlich die Sachen zurückgeliefert oder, was wahrscheinlicher sein dürfte, der Werth ersetzt. (A. M.)

Großbritannien und Irland.

London. 2. Sept. Ueber das transatlantische Kabel wird der „Times“ geschrieben: „In Folge des Zeitunterschiedes zwischen Newyork und London (derselbe beträgt ungefähr 5 Stunden) liefert der Telegraph uns täglich die Londoner Schlussoberseiter hierher scheinbar um dieselbe Zeit, wo sie dort ausgegeben werden. Der hohe Gebührensatz für Telegramme verursacht große Unzufriedenheit; die vereinigte Presse weigert sich, ihn zu zahlen und hat der Kabelfirma einen Vorschlag gemacht, worin sie nicht mehr als einen Dollar Gold per Wort anbietet. Hier ist ein Projekt zu einer Konkurrenz-Gesellschaft aufgetaucht; der Plan ist, ein Kabel von Newyork über die Bermudas und Azoren nach Lissabon zu legen; das Anlage-Kapital soll 10 Millionen Dollars betragen.“

Frankreich.

Paris. 1. Sept. Das Schreiben des Kaisers Napoleon an den König Viktor Emanuel (bereits telegraphisch im Auszuge mitgetheilt) lautet nach dem „Moniteur“ wörtlich:

St. Cloud, 11. August 1866.

Mein Herr Bruder! Ich habe mit Vergnügen vernommen, daß Ew. Majestät dem Waffenstillstande und den Friedenspräliminarien, die zwischen dem Könige von Preußen und dem Kaiser von Oestreich unterzeichnet worden, beigetreten sind. Es ist also wahrscheinlich, daß eine neue Aera der Ruhe für Europa anhebt. Ew. Majestät weiß, daß ich das Anerbieten Venetiens angenommen habe, um dieses Land vor jeder Verüstung zu bewahren und unnützes Blutvergießen zu verhüten. Mein Zweck ist stets gewesen, es sich selbst zu übergeben, damit Italien frei sei von den Alpen bis zur Adria. Selbstherr seines Schicksals, wird Venetien bald durch die allgemeine Abstimmung seinen Willen und thun können. Ew. Majestät wird anerkennen, daß in dieser Angelegenheit Frankreich abermals im Interesse der Menschheit und der Völkerfreiheit gehandelt hat. Ich betrügt Ihnen aufs Neue die Gefühle der Hochachtung und aufrichtigen Freundschaft, mit denen Ich bin Ew. Majestät guter Bruder. Napoleon.

Der „Moniteur“ leitet diesen Brief mit folgenden Worten ein: „Als der Kaiser die Abtretung Venetiens annahm, leitete ihn der Wunsch, eine der Hauptursachen des letzten Krieges beseitigen und die Einstellung der Feindseligkeiten beschleunigen zu helfen. Sobald als die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes in Italien beschlossen war, hat die Regierung Sr. Majestät ihre Kräfte darauf verwandt, den Friedensschluß zwischen den Kabinetten von Wien und Florenz anzubahn. Es war nothwendig, zuvor die Cession zu regeln, die Sr. Majestät vom Kaiser Franz Joseph angetragen worden. Zu diesem Zwecke wurde am 24. August zwischen Frankreich und Oestreich ein Vertrag unterzeichnet und die Ratifikationen sind heute (31. August) in Wien ausgewechselt worden. Seraf dieses Alters wird die Auslieferung der Festungen und des Landesgebietes des lombardisch-venetianischen Königreiches durch einen österreichischen Kommissar an den französischen Kommissar erfolgen, der sich jetzt bereits in Venetien befindet. Der Beauftragte Frankreichs wird sich sodann mit den venezianischen Behörden ins Einvernehmen setzen, um ihnen die Befreiung, die er in Empfang genommen haben wird, auszuantworten, und die Bevölkerung wird aufgerufen werden, sich selbst über das weitere Schicksal ihres Landes auszusprechen. Unter diesem Vorbehalte hat Se. Majestät keinen Anstand genommen seit dem 29. Juli zu erklären, daß sie in die Vereinigung der von Oestreich abgetretenen Provinzen mit dem Königreich Italien einwillige.“

Italien.

Briefe aus Rom vom 29. August melden, daß bei der Weihe des Bischofs von Marseille am 26. der Papst die Gesandten und die französischen Generale zu der Kollation eingeladen hatte, welche für die bei der Feierlichkeit anwesenden Prälaten veranstaltet war. Es waren außer diesen nur Franzosen eingeladen. Man macht bemerklich, daß einer alten Etiquette zufolge, der Papst noch niemalsemanden im Bataillon zur Tafel gezogen hatte, und daß seit 700 Jahren zum ersten Male ein französischer Bischof in Rom geweiht wurde.

Außland und Polen.

* **Warschau.** 3. September. Nach einem im hiesigen „Dziennik“ veröffentlichten Bericht des Polizeimeisters über die vorjährige Volkszählung im Königreich betrug im Februar 1865 die Gesamtbevölkerung 5,336,210, mit festem Wohnsitz und 206,962 mit vorübergehendem Aufenthalt, zusammen 5,543,172. Bei der ersten Kategorie ist die etwaige Bevölkerung etwas überwiegender, bei der zweiten bedeutend in der Minderheit. Es stecken in dieser die zeitweise in Polen sich aufzuhaltenden Arbeiter und Geschäftsleute aus Preußen.

Die mosaische fest angesiedelte Bevölkerung zählt 719,112, davon 346,882 männlichen, 372,230 weiblichen Geschlechts. Die Zahl der sich nur vorübergehend im Lande Aufhaltenden beträgt 40,656, zusammen also 759,768.

Nach der Zählung von 1863 betrug die Gesamtbevölkerung 4,986,230, worunter 653,505 Juden. Der „Dziennik“ nimmt hier nach die Zählung von 1863 als irrg an und erklärt dies aus den herrschenden Unruhen. Jetzt habe man eine Menge von Personen ermittelt, die bisher gar nicht in die Steuerrollen eingetragen, also ganz frei von Abgaben waren. Die diesmalige Zählung ist hauptsächlich mit Hilfe der Militärbehörden bewirkt worden.

■ Aus dem Lenzer Kreise, 31. August. Von den fünf kirchlich verhafteten Priestern aus hiesigem Kreise sind bereits drei wieder entlassen und auf ihre Stellen zurückgekehrt. Es waren neun bei der Regierung denuncirt, von denen aber nur fünf festgenommen worden, weil die übrigen sich bis dahin als regierungstreue erwiesen und dafür sprechende Zeugnisse vom Bischof Marcewski beigebracht hatten. Dieser Bischof genießt das volle Vertrauen der Regierung und ist deshalb bei dem größten Theile der Polen und auch zum Theil bei der ihm untergebenden Geistlichkeit nicht beliebt, obgleich er überall und wo er nur irgend kann, für diese wahrhaft väterlich sorgt. Marcewski ist Bischof der Kujawier und Kalischer Diözese.

Die Vorarbeiten für das Erzatgeschäft sind beendet und wird die wirkliche Aushebung der einzustellenden Mannschaften zum 16. beginnen. Wie es sich anläßt, wird kaum ein Drittel der ausgeschriebenen Leute

wirklich ausgehoben werden, da der Bedarf durch die Strafrekruten und freiwillig sich Meldenden zum größten Theil gedeckt werden dürfte.

In acht Ortschaften haben die Gutsherren das Land zum Schul-establissemant und die Materialien zu den erforderlichen Gebäuden unentgeltlich hergegeben; in der Herrschaft Chelmo, wo auf den zugehörigen Dörfern bereits seit längerer Zeit fünf Schulen durch die Gutsherren bestehen, hat derselbe in diesem Jahre noch zwei Schulen aus eigenen Mitteln errichtet. Da die Bevölkerung nicht sonderliche Vorlehr für Schulen zeigt und der Besuch auch da, wo bereits Schulen bestehen, meist sehr mangelhaft und unregelmäßig ist, so soll Schulzwang und Beiträfung freiwilliger Veräußerungen, wie es in Preußen üblich ist, vom 1. Januar ab eingeführt werden. Die eingehenden Strafen sollen zur Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln dienen. Das Verhältniß der bestehenden Schulen in den Kreisen mit mehr deutscher Bevölkerung zu den reipolnischen ist annähernd 1—7. Auf mehreren deutschen Kolonien unseres und des angrenzenden Koninser Kreises halten 12—20 nicht zu entfernt von einander wohnenden Wirths zusammen einen Lehrer, der die Kinder gemeinschaftlich unterrichtet; stellenweise sind diese Lehrer auch ambulant, wie es in Schottland noch üblich ist.

Von der polnischen Grenze, 1. Sept. In Russland finden wieder Truppenbewegungen nach Bessarabien und der moldauischen Grenze statt. Auch mehrere in Litthauen stehende Regimenter haben Marschordre nach jener Gegend erhalten und sind zum Theil schon abgerückt. — Die auf den 22. Juli angelegte gewesene Rekruten-Aushebung in Litthauen ist aus unbekannten Gründen sistirt worden. Wie es heißt, soll sie im Januar f. J. zur Ausführung kommen. — Große Befriedigung hat in Litthauen ein kaiserlicher Erlass, betreffend die Regulirung der Steuern- und Abgaben-Erhebung, erregt, durch welchen die Steuerzahler gegen Erpressung habhaftigkeits Beamten geschützt werden. Der Erlass soll mit dem 1. Oktober d. J. ins Leben treten.

In russischen Blättern verbreite Gerüchte von einem baldigen Scheiden des Statthalters Graf Berg aus seiner bisherigen Stellung und der demnächst beabsichtigten förmlichen Einverleibung des Königreichs Polen in Russland haben unter der Bevölkerung des Königreichs Polen große Unruhe erzeugt. Zahlreiche städtische und ländliche Gemeinden haben Deputationen an den Statthalter Gr. Berg gesandt, um ihm für seine bisherige, dem Lande so erspieliche Thätigkeit zu danken und ihn zum Verbleiben in seinem Amte aufzufordern. Graf Berg hat sich durch sein lebenslanges und freundliches Wesen und durch seine umsichtige und energische Wirksamkeit für das Wohl des Landes beim Bürger- und Bauernstande groß Beliebtheit gewonnen und gehört zu den populärsten russischen Beamten in Polen. Selbst der polnische Adel, obwohl er ihn als Deutschen haft, zollt seinem Charakter und seinen Verdiensten um das Wohl des Landes Anerkennung und Hochachtung. — Im Königreich Polen sind unlängst wieder drei von der Emigration in Paris abgesandte Emissäre verhaftet worden, bei denen eine Menge falscher russischer Banknoten gefunden wurde. Die Verhafteten befinden sich auf der Citadelle in Warschau. Ihre Namen sind Broniewski, Jackowski und Kremer. Ost. B.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 4. September.

Eröffnung 12½ Uhr. Die Tribünen sind spärlich besetzt. Am Ministerialen Graf zur Lippe, Graf Ikenbus, Graf zu Eulenburg, als Regierungs-Kommissarien Herr Noah, Dr. Friedberg, Dr. Eck und Schumann.

Der Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Es wird ein Schreiben des Präsidenten des Hauses der Abgeordneten verlesen, in dem der Beschluß über die Indemnitäts- und Kreditvorlage mitgetheilt wird.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizkommission über die Verordnung wegen des Verbots der Veräußerung von Geischaften. Eröffnung 12½ Uhr. Die Tribünen sind spärlich besetzt. Am Ministerialen Graf zur Lippe, Graf Ikenbus, Graf zu Eulenburg, als Regierungs-Kommissarien Herr Noah, Dr. Friedberg, Dr. Eck und Schumann.

Der Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Es wird ein Schreiben des Präsidenten des Hauses der Abgeordneten verlesen, in dem der Beschluß über die Indemnitäts- und Kreditvorlage mitgetheilt wird.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über die Verordnung wegen der vertragsmäßigen Binsen. Die Anträge der Kommission gehen dahin:

1) der Verordnung vom 12. Mai 1866 die vertragsmäßige Genehmigung zu ertheilen;

2) den folgenden Gesetzentwurf zu genehmigen:

S. 1. Die bestehenden Beschränkungen des vertragsmäßigen Binsen und der Höhe der Konventionalstrafen, welche statt der Binsen für den Fall der zur bestimmten Zeit nicht erfolgenden Rückzahlung eines Darlehns bestimmen worden, sind für Darlebne, zu deren Sicherheit nicht unbewegliches Eigentum verpfändet wird, infolfern aufgehoben, daß für solche Darlebne während der Zeit, wo die preußische Bank ihren Binsen über das für den allgemeinen Verkehr bestehende gesetzliche Maß erhöht, höhere Binsen, und zwar bis zu dem Binsage vereinbart werden dürfen, welchen die Bank als ihren höchsten innerhalb der drei dem Abschluß des Darlehnsgeschäfts vorliegenden Tage im Staatszeitung öffentlich bekannt gemacht hat. Der gleichen Darlebne kann der Schuldner, auch wenn ein späterer Zahlungstermin verabredet ist, jederzeit stundigen und nach Ablauf einer dreimonatlichen Frist zurückzahlen, sofern der Binsag oder die Konventionalstrafe die bis zu dem Abschluß des Gesetzes erlaubte Höhe übersteigt.

S. 2. Wird die Zahlung eines solchen Kapitals verzögert, so bleibt, wenn ein höherer, als der für Begerungszinsen bestehende Binsag bedungen, dieser höhere Binsag auch für die Begerungszinsen maßgebend.

S. 3. Die privatrechtlichen Bestimmungen in Ansehung der Binsen von Binsen und die für die gewöhnlichen Pfandleihabalten gegebenen Vorschriften werden durch dieses Gesetz nicht geändert.

S. 4. Dieses Gesetz tritt an die Stelle der unter dem 12

eingehen, sondern mich nur, wie die Kommission, auf die Erfahrung berufen. Nicht will ich zurückgehen auf das Jahr 1809; frisch ist noch in unserm Gedächtnis die Erinnerung an die Geldkrise von 1857. Damals war die Regierung durch die Zeitverhältnisse genötigt, durch die Verordnung vom 27. November 1857 die Binsen frei zu geben. Die Maßregel hat damals im Ganzen segensreich gewirkt. Als in diesem Jahre die Verhältnisse ähnlich lagen, lag es nahe, zu denselben Mittel zu greifen. Die Regierung konnte sich aber dazu nicht entschließen, um nicht die Rechtsbegriffe zu verwirren. So lange das Bedürfnis nach Geld in der einfachen Form des Darlehns befriedigt werden konnte, so lange das Kapital in wenigen Händen vereinigt war, so lange bei Eintragung einer Schuldforderung das zu Grunde liegende Rechtsverhältnis klar gemacht werden mußte, so lange konnte das Gesetz die Binsen beschränken; diese Voraussetzung ist jetzt weggefallen; das Kapitalbedürfnis wird nicht mehr nur durch das Darlehn befriedigt, sondern auch durch Kauf, Pacht, Miete, Sozialitätsverträge u. s. w., der Gläubiger ändert sich durch Cession, das Wechselgeschäft greift um sich. Das Civilrecht gewährt jeden Schutz in allen diesen Rechtsverhältnissen, so lange keine Simulation konstatirt wird und die ist sehr schwer zu konstatiren. Aber Sie werden auch wissen, daß ohne alle Simulation ernste Geschäfte gemacht werden und das doch die geleglichen Binsen überschritten werden. Ich will den moralischen Einfluß solcher Zustände nicht untersuchen, aber zur Achtung vor der Autorität der Gesetze tragen sie gewiß nicht bei; es kommt dann dazu, daß der Wucher immer neue Wege zu erschleichen sucht, welche die Kosten der Schuldner zu tragen hat. Die Kommission scheint selbst anzuerkennen, daß die Binsbeschränkungen aufgehoben werden können, wenn das Angebot und die Nachfrage sich das Gleichgewicht halten. Wenn das ist, dann tritt ein gleichmäßiger und mäßiger Bins auf. Daraus folgt aber, daß nicht das Gesetz, sondern die Umstände den Bins regeln. Wenn aber die Nachfrage groß ist, während wenig Kapital vorhanden ist, dann tritt die Notwendigkeit erfahrungsmäßig ein, diese Gesetze aufzuheben, um das Kapital wieder auf den Markt zu locken. Der Geldmarkt ist in Preußen seit langer Zeit so beschaffen, daß man durchschnittlich zu 5 p. Et. vom Hundert Geld bekommt. In dem Bericht der Kommission habe ich zwei Bedenken gefunden gegen die Aufhebung der Binsbeschränkung. Erstens sei der Wucher, sofern er die Not und den Leichtsinn oder die Unerfahrenheit ausbeutet, ein schweres sittliches Verbrechen, dessen Straflosigkeit einen schlimmen Einfluß auf die Sitten haben müsse. Diejenigen Gesetze sind gerecht und weise, welche den sittlichen Zuständen entsprechen; aber Ideale lassen sich nicht durch positive Gesetze realisiren. Der Geiz ist die Wurzel alles Übelns und die Liebe der Quell aller Guten. Geiz und Habguth wird aber nie durch Gesetze ausgerottet werden können und der Wucher wird immer ein kleines Feld für den Geiz sein; die Gesetze haben bewirkt, daß Mancher zu Täuschungen und Simulationen seine Zuflucht genommen; man wollte ein Laster ausrotten und beförderte dadurch zehn andere. Ich habe das Vertrauen, daß durch die Aufhebung dieser Gesetze die Darlehns- und Geldgeschäfte in einfacher ehrlicher Weise werden abgeschlossen werden. Das andere Bedenken ist das, daß nach Aufhebung der Binsbeschränkungen der Bins namentlich für die Hypotheken in die Höhe gehen würde. Ichtheile auch dieses Bedenken nicht; denn es beruht auf dem Irrthum, daß das Gesetz, nicht die Umstände den Bins regeln. Es kommen auf die Hypothekenbank nicht Handelskapitalien oder Geld vom kleinen Gewerbe, sondern die Staatspapiere und die Eisenbahnen u. s. w. machen den Hypotheken Konkurrenz. Die Erfahrung zeigt aber, daß wenigstens hier in Berlin der Feuerklassenwert eines mit Hypotheken belasteten Hauses höher ist als eines anderen. Außerdem aber war bisher das Regulatum ein positives Gesetz; die Kommission will dagegen an dieser Stelle die Bank setzen, welche mit dem Gesetz gar nicht in Berührung steht; diese Norm soll also kein Ausfluss der Gesetzgebung sein, soll nicht in gesetzlich vorgeschriebener Form publiziert, und dennoch ihre Übertretung mit Strafe bedroht werden. Außerdem darf man endlich den Unterschied zwischen Disont und Bins nicht außer Auge lassen und nicht Beides vermengen, und insofern ist der Vorschlag der Kommission auch materiell verfehlt. In rubigen Zeiten ist der Binsatz mäßig ohne gelegliche Bestimmung, in unruhigen Zeiten ist man genötigt das Gesetz aufzubauen. Es ist nicht zu läugnen, daß man sich von einem alten Gesetz, mit dem man groß geworden ist, sehr schwer trennt, wie von einem guten alten Freunde; wenn aber das Rad der Geschichte rasch rollt, große Aufgaben erwachsen, wenn nicht nur das Volk in Waffen, sondern auch das ganze Kapital der Nation verlangt wird, dann muß auch die Gesetzgebung rasch sich kleinlicher Rücksichten entzagen und das sapere audire beherzigen. Ich siehe deshalb den Antrag, der Vorlage der Staatsregierung zu gestimmen und den Antrag der Kommission abzulehnen.

Gesetzgebung zu zustimmen und den Antrag der Kommission
Vizepräsident v. Frankenberger übernimmt das Präsidium

Herr v. Meding (für den Kommissionsantrag): Ich kann nicht dafür stimmen, daß der Gesetzentwurf der Regierung zur dauernden Geltung gelangt. Die Aufhebung der Strafbestimmungen für den Wucher verleistet die Sittlichkeit im Volke, nur eine Stimme gibt es jetzt überall, daß der Wucher unmoralisch ist. Leute, die den Schaden anderer Menschen dazu benutzen, sich selber zu bereichern, unterliegen der allgemeinen Verachtung. Heben Sie dagegen die bisherigen gesetzlichen Binsbeschränkungen auf, so fällt damit das Wort Wucher völlig in die Lust, der Wucherer wird nicht blos von gesetzlicher Strafe, sondern auch von der öffentlichen Verachtung fortan befreit. Alle Leute im Lande, die Geld haben und reich werden wollen, die sich aber bisher durch die Wuchergelege haben abschrecken lassen, übermäßig hohe Binsen zu nehmen, werden dies nicht mehr als etwas Strafbares ansehen, auch sie werden nun anfangen, die Notb Anderer auszubeuten, der Wucher wird sich immer weiter ausdehnen, der Binsfuß im ganzen Lande sich mehr und mehr erhöhen. Aber nicht blos im Interesse der Sittlichkeit, sondern auch im Interesse des allgemeinen Wohls, im Interesse aller Gewerbe ist ein mäßiger Binsfuß höchst wünschenswert. Wenn man Geld nur zu übermäßigen Binsen bekommen kann, dann stcken alle Geschäfte. Daber ist es eine Pflicht der Regierung, stets dafür zu sorgen, daß ein mäßiger Binsfuß im Lande herrscht. Außerdem wird ja auch der Wucher durch den Gesetzentwurf der Regierung keineswegs ganz aufgehoben, da die Binsbeschränkung für Hypotheken-Kapitalien noch immer bestehen bleiben. Hier wird man also den Wucher noch bestrafen müssen. Wie wird man aber diese Bestrafung erhalten können, wenn man Diejenigen, die auch persönliche Darlebne, wucherliche Darlebne nehmen, nicht bestraft? Einen größeren Widerspruch im Re-

Produkt einer veralteten national-ökonomischen Anschaunng sind, ich bill es nicht, daß man mit Verachtung auf diese Bucher gesetze hinsicht. Sie waren einer der wohlthätigsten Organismen vergangener Zeit. Sie hab die Arbeit geschützt, sie haben dem Arbeiter die Frucht seiner Thätigkeit v schafft, sie haben den Grundbesitz geschützt, sie haben die dürfstigeren Klaß gegen die Noth vertheidigt, sie haben das Schwanken des Binsfuhes verb dert, sie haben endlich in die materiellen Interessen moralische Gesichtspunk gebracht. Die bisherigen Einwendungen, die man gegen dieselben erhoben haben mich nicht überzeugt. Ein Haupteinwand ist folgender: Es sei di nichts Unstiftliches über 5 p.C. Binsen zu nehmen; denn es könne in concerte stiftlich, erlaubt, dem Gewinne sowohl des Darlehnnehmers wie des De lehnsgebers entsprechend sein. Aber man verkennt hierbei ganz die Bedeutung der Durchschnittsverzehl im Rechte und Staatstheater. Die wichtigs

im Lande repräsentiren. (Bravo.) Die Behauptung, daß Angebot und Nachfrage die Verkehrsverhältnisse regeln müßten, ist deshalb nicht richtig, weil hier ja nicht zwei gleichberechtigte Faktoren einander gegenüber stehen, da ja der Reichthum immer die Uebermacht haben wird. — Der Merkantilismus ist durch die Gesetzgebung der neueren Zeit in großen Fortschritt gekommen; wir müssen deshalb verhindern, daß er das ganze Land einnehme. — Die Regierung hat bei dem Erlass des Gesetzes den Fehler gemacht, daß, da die bisherigen Bestimmungen mangelhaft waren, sie, anstatt zu verbessern, gleich das ganze Gesetz zum Fenster hinauswerfen will. Eine Schranke muß fortbestehen und der Vorschlag der Kommission entspricht vollkommen dem Bedürfnis, indem er eine Korrektur der Suspension der Wuchergesetze ist.

nothwendige Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse des Landes hat die Kommission vollkommen genommen; sie versöhnt durch ihren Vorschlag die alte Gesetzgebung mit dem neuen Bedürfnisse der Zeit; ich bitte deshalb, den Vorschlag der Kommission anzunehmen! (Vereinzeltes Bravo.)

Regierungskommissär Dr. Ed: Wenn von den Herren Vorrednern die Beispiele von Frankreich und Ostreich angezogen worden sind, so kann die Regierung das nicht anerkennen. Weder in Ostreich noch Frankreich hat eine Freigabe des Binses je stattgehabt; denn da bezogen sich die betreffenden Akte der Gesetzgebung nicht auf die Erweiterung des Geldmarktes. Ebenso wenig sprechen die Beispiele anderer Länder für die Vorredner, wie dies die Regierung schon in den Motiven der Vorlage von 1859 bemerkt hat. Es ist nach amtlichen Berichten aus Sachsen, Baden, Württemberg konstatiert, daß die allgemeine Aufhebung der Binsbeschränkungen nur günstig gewirkt hat. Wenn man behauptet, daß dadurch in England permanente Geldkrise hervorgerufen würden, so ist das ein Irrthum; dort sind die Wuchergesetze seit 12 Jahren aufgehoben; aber anderwärts bestehen ganz dieselben Krisen trotz der Wuchergesetze, und sie haben vorher bestanden und werden immer wieder eintreten. Der Einwand, daß es bedenklich sei, die öffentliche Meinung, welche noch bestimmte Kriterien für den Wucher habe, von Seiten der Gesetzgebung durch Freigabe des Binses zu verwirren, ist ganz richtig; denn gerade der jetzige Zustand ist diesem Bedenken ausgefert. Der Kaufmann hat freie Hand, während dem Handwerker, der nicht zum Kaufmannsstande gerechnet wird, die Beschränkung auferlegt wird; er wird dafür bestraft, wenn er auch nur $5\frac{1}{2}\%$ Binsen nimmt, und im Rücksache sogar mit entehrenden Strafen. So ist diesem Gesetze also schon durch das allgemeine Handelsgesetzbuch der Boden entzogen. Der jetzige Zustand ist also verwirrend und muß befeitigt werden.

Herr v. Kleist bemerkt fälschlich, daß zu der von ihm citirten Zeit nach Urkunden in Frankreich 20—60 % genommen wurden.

Dr. Eck zitiert aus derselben Quelle ein längeres Exposé für die Aufrechterhaltung der Ansicht der Regierung.

Herr v. Bernuth. M. H.! Die späte Stunde gebietet mir, mich kurz zu fassen. Als die Verordnung erschien, hat mich Manches, wie die Bestimmung über die Hypotheken und die Kündigung nicht befriedigt. Indessen ist sie doch im Ganzen ein Fortschritt und man muß sie billigen. Nicht der Ansicht ist die Majorität der Kommission, welche von der Ansicht ausgeht, der Staat müsse Verbrechen gegen die Nöthe und Unerfahreheit strafen. Aber fragen wir, ist denn überhaupt eine gesetzliche Beschränkung des Binsen an sich zu billigen? Man muß davon ausgehen, daß jede solche Beschränkung eine Eingangung des Vertragsrechtes ist, eine Bevorwürfung, welche an die alte Gewohnheit der Taxen erinnert, womit man die Welt glaubte beglücken zu können, und wovon sie ein Nest sind. Wollen Sie es etwa wagen auf anderen Gebieten diesen Versuch zu machen, den Preis für das Getreide, für Wohnungen zu fixiren? Das verwerfen Sie selbst. Aber das Kapital ist und bleibt eine Waare und sein Werth wird sich immer nach den allgemeinen Gesetzen von Angebot und Nachfrage regeln und alle entgegenstehenden Versuche werden vergebens sein, wenn man nicht im Stande und gewillt ist, Gewalt anzuwenden. Die allgemeine Wechselseitigkeit und das allgemeine Handelsgesetzbuch haben diese Beschränkungen jeden Boden entzogen. Die Wucherer von Metier würden sich am Meisten über die Wiederherstellung der Buchergesetze freuen; denn die Alles regelnde Konkurrenz würde dadurch ausgeschlossen; und gerade hier trifft es zu, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt. Zu Gunsten des Amendements der Kommission wird geltend gemacht, daß man immerhin schon einen Schritt über die bisherige Gesetzgebung hinausgebe. Das ist kein glücklicher Grund. Die Binsen repräsentiren eine Gebrauchsentschädigung, eine Prämie — bei soliden Geschäften; soll aber der Gläubiger, der sein Geld unsicher anlegt, nicht dafür eine gewisse Deckung beanspruchen können? Und ebenso unvereinbar sind diese Zustände mit einem wohlgeordneten Strafversfahren. Die ganze Frage ist eine Frage der Zeit. Früher glaubte die Verwaltung ihre Interessen nicht gewahrt ohne Monopole, ohne die Regie! Wo sind diese Zeiten? Wo ist die Hörigkeit, die Leibeigenschaft, wo der Burftzwang, wo der Inquisitionsprozeß? Wenn A. Smith angeführt wird, so ist zu bemerken, daß sich die Verhältnisse in dem Jahrhundert, das seit seinem Auftreten verflossen ist, gewaltig verändert haben. Auch die englischen Lords haben lange der Hornbill widerstrebt; schließlich haben sie sie angenommen, so hoffe ich denn auch, daß sich hier der Widerstand gegen diese heilige Reform leugnen wird!

Minister Graf v. Izenpilz. Man sollte nach den Auslassungen
einer Vorredner wörflich glauben, wir wären hier im Besitz der schönsten
Gefechtsgabe gegen den Wucher, und der Regierung fiel es nun plötzlich ein,
aus irgend einer Theorie diese schönen Zustände zu stören. Aber die Wucher-
gesetze existiren ja gar nicht mehr. Nach dem Handelsgesetzbuche sind die
Kaufleute nicht mehr an den Stand gebunden. „Kaufmann“ ist heute nicht
mehr der enge Begriff, der es früher war, Kaufmann ist jeder Gutsbesitzer,
der eine Zuckerfabrik oder eine Brennerei hat, und diese Kaufleute alle können
nun Binsen nehmen und geben, so viel sie wollen. Mein Kommissär hat
Ihnen das schon auseinander gesetzt, welche Widersprüche das erzeugt. Es
ist für den Kaufmann, der schon seit Jahren diesen Verhältnissen unterliegt,
doch keineswegs gleich, ob er hohe oder niedrige Binsen zahlt, denn davon
hängt sein Profit ab; aber praktisch stellt sich die Frage in der Regel so: ent-
weder theures Geld oder gar keines und da nimmt man denn in der Regel lieber
theures als gar keines. Die Behauptung des Justizministers, daß die Ver-

ler, denselben aufzunehmen. Schließlich spricht er für eine provisori-
nahe der königlichen Verordnung.

minolrecht kann es doch gar nicht geben; ein solcher Zustand darf also durchaus nicht existiren. Man sagt, es gibt eine Menge von Kapitalien, die das innere Bedürfnis hätten, sich durch Eintragung auf Grundstücke sicher zu stellen. Was der Herr Justizminister zum Beweise dessen anführt, die Vermehrung der auf Berliner Grundstücken eingetragenen Kapitalien, gestehe ich gerne zu, dafür hat sich aber das Kapital auf dem Lande in den entfernten Provinzen vermindert. Es gibt allerdings Menschen, die sich damit begnügen, einen mässigen Satz von Prozenten zu nehmen. Doch muß man schon eine große Selbstüberwindung besitzen, um kleinere Binsen zu nehmen, während man höhere bekommen kann. Und viele auch werden sich bei vollständiger Freigabe des Binsfusses geradezu verpflichtet fühlen, fortan höhere Binsen zu verlangen, z. B. die Vermünder, die das Vermögen ihrer Mündel verwalten. Wie ferner die landwirthschaftlichen Kreditinstitute ihre Lände so wohlthätige Wirksamkeit fortsetzen sollen, wenn der Binsfuss ganz freigegeben wird, weiß ich nicht. Was nun die Einwendungen an betrifft, die der Herr Justizminister gegen die im Kommissionsantrage enthaltene Schranke des Binsfusses, den jeweiligen Bank-Diskonto, erhoben hat, so kann ich die nicht für begründet anerkennen. Einmal glaube ich nämlich nicht, daß der Landesbinsfuss nach anderen Normen sich richtet, als die Bank bei Feststellung des Diskonto. Und dann ist ja gerade dieser Vorschlag der Kommission zu Gunsten dessen eingebracht, was auch die Regierungsvorlage bezeugt. Für gewöhnliche Beiten bleibt darnach der gewöhnliche Binsfuss geltend.

„Für gewöhnliche Deutzen vieler Jahre der gewöhnlichen Binsfus-
tend, wenn aber zu diesen niedrigen Binsen keine Kapitalien mehr zu haben
sind, dann soll es erlaubt sein, Verträge abzuschließen zu demjenigen Binsfus,
den die Bank feststellt. Eben die Erhöhung des Disconto rates seitens der
Bank zeigt, daß Gelder zu niedrigen Prozenten nicht mehr zu haben sind, daß
man höhere Prozente geben muß. Und da es nun hierfür eine Grenze nach
volkswirtschaftlichen Gesetzen nicht gibt, darum schlageu wir diese Einrich-
tung vor.“

Wir wollen die Industrie nicht zurückhalten, aber wir wollen materiellen Rücksichten nicht das Uebergewicht über die moralischen Interessen, über das tiefer Liegende, das Größere geben. Lassen Sie uns dahin streben, daß die Sucht, reich zu werden um jeden Preis, daß die Meinung, es sei erlaubt Binsen zu nehm'en, so hoch man wolle, in das bisher unverdorbene Volk nicht eindringt. (Bravo.)

Das kann man unmöglich empfehlen! Wenn Herr v. Kleist endlich sagt, das Herrenhaus darf das nicht beschließen, so erwähne ich, daß ich nicht zu stimmen habe, wie er befiehlt, sondern nach meiner Überzeugung! Einen Termin im Sinne der Kommission zu stellen ist nicht nötig, da der jetzige Zustand, sobald er nicht gefallen sollte, durch Initiative jedes der beiden Häuser des Landtages bestätigt werden kann; die Regierung wird sich dem nie entziehen! Darum bitte ich den Kommissionsantrag abzulehnen und die Regierungsvorlage anzunehmen.

(Der lezte Theil der Rede wurde mit lauter, augenscheinlich erregter Stimme gesprochen.)

v. Kleist-Reżow: Dem Herrn Handelsminister erwähne ich auf seine Frage, daß eines der Gesetze, auf die ich Bezug genommen, das allgemeine Wechselrecht ist. — Ferner habe ich nicht auf Ostreich hingewiesen als Muster für unsere sämtlichen staatlichen Einrichtungen, sondern ich habe eben nur die Erfahrungen, die man bei einer einzelnen Einrichtung, wie die Bucher-Gezeite sind, dort gemacht hat, citerat.

Während dieser Erwiderung ist der Antrag auf Beratung eingelaufen; derselbe wird angenommen und die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen. — Nächste Sitzung morgen (Mittwoch), 11 Uhr Vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Haus der Abgeordneten.

(13. Sitzung vom 4. September.)

Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind besetzt. Am Ministerthisch die Minister v. D. Heydt und Graf zu Culenburg.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die Interpellation des Abg. v. Bonin, betreffend die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht während des Friedensstandes und deren Vergütung, deren Wortlaut bereits gestern mitgetheilt worden ist. Der Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten und Präsident v. Forckenbeck ertheilt zu ihrer Begründung das Wort dem

Abg. v. Bonin. Zur Orientirung für diejenigen Herren, welche den beiden letzten Sessionen des Landtages nicht beigewohnt haben, wiederhole ich eine den Gegenstand betreffende Aeußerung des Herrn Kriegsministers: "die Regierung bleibt sich der übernommenen Verpflichtung wohl bewußt und wird es nicht an Eifer und Fleiß fehlen lassen, um einem Bedürfnis abzuholen, welches sie selbst am lebhaftesten empfindet." Die Erwagung, daß in diesem Augenblike von einer Erledigung dieser Angelegenheit nicht die Rede sein kann und daß eine Vorlage an das Haus zu erwarten ist, welche in naher Beziehung zu dem Geize in Bezug auf die Kriegsleistungen steht, hat mich veranlaßt, den Gegenstand schon jetzt der Erwagung der Regierung im Voraus zu empfehlen. Die Bestimmungen, welche die Kriegsleistungen regeln, beginnen mit dem Jahre 1810 und schließen mit dem Jahre 1855 ab, entsprechend also den gegenwärtigen Verhältnissen selbstverständlich nicht mehr. Fassen wir die Erfahrungen des letzten Krieges ins Auge, dann tritt das Bedürfnis einer neuen Regelung noch schlagender hervor. Zuerst handelt es sich um die Naturalleistung der Pferde. Die flagranteste Bestimmung des Gesetzes von 1851, daß Pferde vom höchsten Werth gestellt werden müßten, aber nur bis zu 120 Thaler bezahlt zu werden brauchten, ist durch das Gesetz von 1855 beseitigt, welches die Bezahlung nach der Taxe ausgesprochen hat. Die guten Erfolge dieses Gesetzes haben sich bei den Mobilisierungen der Jahre 1859, 1864 und 1866 vollständig gezeigt. Doch entsteht die Frage, ob die Verhältnisse wirklich noch so steigen, daß die Naturalleistung der Pferde mit dieser Modifikation für die Folge nothwendig ist. Ich würde zur Befestigung der Differenzen, die bei der Pferdegestellung noch immer vorkommen, und der ungleichmäßigen Vertheilung dieser Last es vorziehen, von der Naturalleistung der Pferde gänzlich abzusehen und die Beschaffung durch freihändigen Ankauf Seitens der Regierung einzutreten zu lassen. Der zweite Gegenstand ist die Füllung der Magazine. Der §. 2 des Gesetzes von 1851 verordnet ausdrücklich: "Diese Leistungen sollen nur insofern als die Bezahlung der Bedürfnisse durch freien Ankauf, resp. Baarzahlung nicht erfolgen kann, in Anspruch genommen werden." Dieser Grundsatz ist im letzten Kriege nicht befolgt worden, sondern man hat ohne Weiteres Landlieferungen zur Füllung der Magazine für die Provinzen ausgeschrieben und der Vorschrift gemäß auf die Kreise u. s. w. vertheilt. Wie ist man nun aber dabei verfahren? Man hat die Einlieferung in die Magazine auf Entferungen von 16—20 Meilen, selbst außerhalb der Provinzen, verlangt. Dadurch ist eine bedeutende Vertheuerung herbeigeführt, die durch die Transportkosten in vielen Fällen vielleicht den Werth der Lieferung selbst übersteigt. Es ist jedenfalls eine unrichtige Auffassung des Gesetzes, wenn man mit der Lieferung für die Magazine über die Grenzen der Kreise hinausgeht, was der §. 6 des Gesetzes ausdrücklich verhindern will, indem er für die künftige Bezahlung dieser Lieferungen die Preise der Kreismarktorte zu Grunde legt. Der dritte Gegenstand, den ich hier anregen will, ist der Vorspann oder vielmehr die Gestaltung von bepannten Wagen. Im letzten Kriege ist der Fall vorgekommen, daß man von den Provinzen verlangt hat die Gestaltung bepannter Wagen außerhalb derselben und zwar auf unbestimmate Zeit und unberechenbare Entfernung. Dadurch wird dem Einzelnen eine eben so ungerechtfertigte wie ungleiche Last aufgebürdet. Dies ist durchaus gegen den Sinn des Gesetzes, welches bestimmt, daß bis auf eine Entfernung von vier Meilen für den Vorspann gar keine Vergütung gezahlt werden soll. Zu den Wagen gehören auch Führer: es stehen aber Niemand die Mittel zu Gebote, seine bei den Pferden beschäftigten Leute zur Ausführung dieser Leistung außerhalb der Provinz zu zwingen. Es muß ein Abkommen mit ihnen getroffen werden, das je nach Ort und Umständen sehr ungleich ausfallen und zur ungleichmäßigen Vertheilung der Last beitragen kann. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zu Culenburg: Es war bisher nicht die ausgesprochene Absicht der Regierung, eine Aenderung in das Gesetz hineinzubringen; sie ist aber nicht abgeneigt, diese Aenderung in Betracht zu ziehen und später mit dem Landtage zu vereinbaren. Die Bemerkungen des Abg. Herrn v. Bonin sind Fingerzeige für die Richtung dieser Aenderungen. Außerdem kann es der Regierung nicht unerwünscht sein, in dieser Beziehung Wünsche zu vernnehmen, um Material zur Hebung derartiger Unebenheiten bei Ausführung des Gesetzes zu erhalten oder unrichtige Grundsätze für künftige Fälle zu vermeiden. Die eine Bemerkung möchte ich mir schon jetzt gestatten, daß eigentlich im Ganzen und Großen die Ausführung des Gesetzes mit mehr Rechtigkeit sich gemacht hat, als ich es glaubte; es ist mir auch nicht eine einzige Specialbeschwerde zugewangen. Die Herren erinnern sich vielleicht, daß ich nur insofern dabei bestellt bin, als der Minister des Innern diejenigen Quanta, welche zu liefern sind, auf die einzelnen Provinzen vertheilt. Es sind in den Provinzen Organe, welche die Vertheilung vornehmen. Indem man in Bezug auf die Lieferungen die größten Freiheiten zugelassen hat, indem man den Kreisen freigestellt hat, die Lieferungen naturaliter zu befordern oder sie zu verdingen, oder sich direkt an die Intendanturen zu wenden, welche das Geschäft übernommen haben, ist eine Autonomie auf diesem Felde begründet, welche zu den heilsamsten Resultaten geführt hat. Ich habe weder im Großen noch im Kleinen Prägravationen erfahren. Das mag darin liegen, daß die Leistungswilligkeit des Landes sehr groß war. (Sehr richtig!) und wenn die Grundsätze des Gesetzes zu Härten führen könnten, so ist die Regierung durchaus bereitwillig, ihnen abzuholen. Es ist ja nicht die Absicht des Gesetzes, irgendwie zu drücken, sondern nur das Land zu Leistungen herauszuziehen, die die Regierung im Augenblick aus ihrem Beutel nicht bestreiten kann.

Bekanntmachung.

Zur Begegnung mißverständlicher Auffassung unserer Bekanntmachung vom 31. d. M. bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß die Personenjäge 9. und 10. während der Militair-Transporte auch auf der Strecke Kreuz-Stargard unverändert kursiren werden und außerdem die Personbeförderung durch die gemischten Züge Nr. 13. und 14. bis auf Weiteres bestehen bleibt.

Breslau, den 3. September 1866.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Schlachtwich=Verkauf.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 20. d. Mts., betreffend den Verkauf von

Das Haus geht zu den Wahlprüfungen über. Abg. Hagen referirt für die 2. Abtheilung über die Wahlen der Abg. Krieger (Goldap) und Meyerhöfer für die Kreise Goldap-Salluponen im 4. Gumbinner Wahlbezirk. Sie werden für gültig erklärt.

Abg. v. Waligorski referirt für dieselbe Abtheilung über die Wahlen der Abg. Landräthe v. Brandt und Hippel in den Kreisen Olecko, Lyc und Salluponen des 6. Gumbinner Wahlbezirks. Gegen die Gültigkeit dieser Wahl ist heute ein Protest von 18 Wahlmännern eingegangen, welche berichten, daß der Landrat Frenzel aus Olecko am Tage der Wahl sich geäußert, er habe 80 Einberufungsordnungen zur Landwehr erhalten und er werde solche Wehrmänner einziehen, die gegen die Regierung stimmen. — Auf den Antrag des Abg. Lette wird die Angelegenheit noch einmal in die Abtheilung zurückverwiesen.

Abg. Krieger (Berlin) referirt Namens der 2. Abtheilung über die Wahl im 1. Gumbinner Wahlbezirk, Kreise Tilsit und Tilsit-Niederung. Es sind dort gewählt der Landrat Schlenther und der Regierungsrath v. Zander. Die Abtheilung beantragt die erste Wahl für gültig, die zweite für ungültig zu erklären. Es sind Proteste eingegangen gegen die Nachwahl von Wahlmännern, das Verfahren beim Wahlkasten soll tumultuarisch und unordentlich gewesen sein, so daß ein klares, sicheres Ergebnis sich nicht habe ziehen lassen. Auf einzelnen Stimmen soll Beeinflussung ausgeübt worden sein, so daß das Wahlergebnis zweifelhaft werde. Referent verliest den Protest der Mitglieder des Wahlvorstandes Herrn Jordan und Bernhardi gegen die vom Landrat Schlenther aus eigener Machtvolkommenheit veranstaltete Nachwahl von Wahlmännern und andere Schriftstücke. Obwohl nur 409 Wahlmänner zugegen waren, sollen doch 240 für und 230 gegen die beiden Abgeordneten gewählt haben. Während der Wahl habe der Stellvertreter des Kommissars in der Mitte gestanden, verschiedene Wahlmänner beim Rockfragen gefaßt und auf die rechte Seite gezogen. (Schallendes Gelächter.) Als er wegen dieser Thätlichkeit von dem einen zur Rede gefordert worden, habe er von ihm abgelaufen. (Heiterkeit.) Mitglieder der konservativen Partei seien auf eine Bank gestiegen und hätten ausgerufen: "Wer den Landrat wählen will und für den König ist, komme auf diese Seite!" (Vereinzeltes Bravo rechts, Heiterkeit links.) Der Wahlkommissar, obwohl auf alles das aufmerksam gemacht, sei nicht dagegen eingeschritten. Wahlmänner habe man mit Kündigung von Darlehen gedroht. An 60 unbekannte Personen seien im Wahlkasten gewesen, so daß die Wahlmänner nur mit Mühe an den Tisch treten und ihre Stimme abgeben konnten. Ein Wahlmann, der vorher erklärt hatte, daß er nicht für v. Zander stimmen wolle, habe sich während des zweiten Wahlganges entfernt, und statt seiner habe ein anderer Wahlmann im Namen des Abwesenden für v. Zander seine Stimme abgegeben. Die Abtheilung beantragt, daß selbst nach Abzug von 3 für ungültig zu erklärende Wahlmännerwahlen der Landrat Schlenther noch immer eine absolute Majorität von 6 Stimmen habe, seine Wahl für gültig, dagegen die des Regierungsraths v. Zander für ungültig zu erklären, weil ihm 7 Stimmen zur absoluten Majorität fehlten.

Abg. Lüning für Beantwertung, Abg. Tweeten für Ungültigkeit der Wahl auch des Abg. Schlenther, da der unordentliche Charakter des Wahlkasten im Ganzen außer Zweifel und notorische Ungezüglichkeiten dabei vorgefallen seien. Abg. Hauchschliff stimmt dem ersten Antrage bei, den er zu dem seintigen macht, als er vom Abg. Lüning fallen gelassen wird. Abg. Löwe unterstützt den Antrag Tweetens, während Abg. Graf zu Culenburg und v. Niebelshaus sich für die Gültigkeit der Wahl Schlenther's äußern und die Linke auffordern, über Kleinigkeiten bei Prüfung der Wahlkästen abzusehen, auch wenn es sich um ein konservatives Mitglied handelt.

Beide Anträge werden abgelehnt, dagegen der der Abtheilung in Bezug auf Schlenther mit geringer Majorität in Bezug auf v. Zander so gut wie einstimmig angenommen. Die Wahl des letzteren ist mithin kassiert.

Präsident v. Forckenbeck unterrichtet die Verhandlung über die Wahlprüfung, um folgendes während der Sitzung ihm zugegangene Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zu verlesen:

"Ew. Hochwolgeborenen beehre ich mich anliegend beglaubigte Abschrift der Friedensverträge mit Preußen, Württemberg, Bayern und Baden ergeben zu übersenden. Die Ratifikation aller vier Verträge ist erfolgt und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden hat stattgefunden.

Ich bitte ergebenst dem Hause der Abgeordneten von dieser Mitteilung Kenntnis zu geben. In Bezug auf diejenigen Bestimmungen der Verträge, hinsichtlich deren verfassungsmäßig die Zustimmung der Landesvertretung erforderlich ist, werden dem Landtage demnächst befreundte Vorlagen gemacht werden.

Präsident. Ich werde dies Schreiben nebst Anlagen zum Druck befördern. Ob sich daran Anträge hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung anschließen, wird sich dann ergeben, wenn die Druckfache vorlegt. (Zustimmung.)

Namens der 4. Abtheilung wird über eine Reihe von Wahlen referiert, die sämtlich für gültig erklärt werden, nur die des Abg. Schollmeyer (6. Potsdamer Wahlbezirk, Kreis Ostholstein) wird nach langer Debatte auf den Antrag des Abg. Lücker an die Abtheilung zurückverwiesen.

Namens der 5. Abtheilung referiert der Abg. v. Giechow über die noch rückständigen Wahlen der Abg. Motte, v. Lubienksi, v. Zychlinski und v. Taczanowski, die für gültig erklärt werden.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Präsidientenwahl. Petitionen. Freitag: Annexionsvorlagen.)

— In der gestrigen Sitzung hat der Abg. Berger (Solingen) gegen die Vorlage im Ganzen, aber für ihren Art. 3 (Kredit von 154 Millionen für das Jahr 1866) gestimmt.

Lokales und Provinziales.

Posen, 5. September. Herr v. Zychlinski, verantwortlicher Redakteur des "Dziennik poznański" ist gestern von der Straf-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts wegen eines in dem genannten Blatte enthaltenen Artikels zu einer Geldstrafe von 50 Thlr. verurtheilt worden. Ein Referat über die Verhandlung bringen wir morgen.

— Der heutige "Dz. poz." polemisiert in einem langen Leitartikel gegen das Verbot des Liedes "Boże cos Polskie". Dieses Verbot sei ein weiterer Schritt auf dem von dem Herrn Erzbischof Grafen Ledochowski mit seinem Wahlkasten eingeschlagenen Wege. Er fürchtet Irreführung der Gemeinde durch einander widersprechende Aeußerungen der Oberhirten, es könne die Meinung entstehen, als ob zu dem Verbote andere, als kirchliche und religiöse Rücksichten den Anlaß gegeben hätten. Wenn der "Dziennik" aber einer solchen Meinung Vorschub leistet will, so hat er die Motivierung des erzbischöflichen Erlusses dabei außer Acht gelassen, die vor Allem das Interesse der Kirche hervorhebt. Er bestreitet dem Herrn Erzbischof die Gewalt, ein recipientes Kirchenlied, das übrigens mit der Politik nichts zu schaffen habe, zu verbieten, nennt das angeführte Lied aber gleichzeitig ein Faktum im Leben der Nation, das durch eine Reihe von Jahren der einzige Ausdruck ihrer lange unterdrückten Gefühle, ihre Tribüne, ihre Presse, ihre Publicistik sei. — Die Andeutungen der erzbischöflichen Ansprache in der Dekanatskonferenz

bezüglich der Theilnahme der Geistlichen an der Politik versteht der Dienst in seiner Weise dahin, daß das Vereins- und Versammlungsrecht der Geistlichen lediglich durch die Staatsgesetze bestimmt werde.

— Seit dem heutigen Tage beginnt auf dem hiesigen Bahnhofe ein sehr reges Leben in Folge der angesagten Truppenträume des 1. und 2. Armeekorps; wie verlautet, sollen täglich 16 Extrazüge hier durchgehen, wovon 8 von Kreuz, 8 aus Schlesien ankommen, die Güterzüge sind eingestellt, die vier Personenzüge bleiben, ob sie aber regelmäßig eintreffen werden, ist fraglich. Da die Truppen theilweise hier gespeist werden, so sind für deren Aufnahme die umfassendsten Maßregeln getroffen worden. Hinter dem Bahnhofsgarten ist eine Küche errichtet, in welcher mittels einer Lokomotive in zwei Reihen Kessel gleichzeitig gekocht wird. Abgesehen davon, daß durch diese Einrichtung das Garbochen der Speisen in äußerst kurzer Zeit erzielt wird, wird auch die Austeilung der Speisen an die Mannschaften sehr erleichtert, indem immer gleichzeitig 12 Mann mit ihrem Kochgeschirr an die angebrachten 12 Kessel herantreten, und ihre Portionen in Empfang nehmen können.

— Die Auslieferung der preußischen Kriegsgefangenen in Oderberg hat bereits stattgefunden. Gestern Nachmittag passierte ein Extrazug mit denselben unsrer Bahnhof; die den hiesigen Regimentern angehörigen Mannschaften, zwanzig und einige Männer, blieben sogleich hier.

— [Cholera.] Am 3./4. September c. erkrankten im Civil 7 gestorben 1. Bestand am 4. September c. im Stadt Lazareth 16, im Militärlazareth 36.

— Der Hofküstler Herr Bellachini wird, bevor er behufs seiner Wintertour unsre Stadt verläßt, hier noch eine seiner anziehenden Vorstellungen in der Magie geben. Für Berlin ist ihm zu gleichem Zweck wie wir hören, durch die Gnade Sr. Maj. des Königs der große Koncert-Saal des königlichen Schauspielhauses unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden.

— [Exceß.] Nach einem Fleischladen in der Bronkerstraße wurden gestern Abend eine Menge Eingeweide, Magen &c. auf einem kleinen Wagen befördert, wobei einer von den auf dem Wagen liegenden Mägen auf das Straßenpflaster fiel. Diese verlorenen Mägen nahm ein Soldat auf, trug ihn in den Laden und verlangte sein rechtmäßiges Fundgeld, das ihm aber Mägen zurück, der ihm aber ebenfalls verweigert wurde. Nun forderte er den gefundenen mit der Geduld des Soldaten zu Ende und er fand an, handgreiflich kein Recht durchzusetzen. Der Lärm im Laden sammelte in wenigen Minuten eine zahlreiche Menschenmenge, namentlich Soldaten, vor dem kleinen Laden an, und es begann unter Lärm und Schimpfwörtern ein wahrer Sturm auf den Laden, ohne daß die Forderung des Soldaten jedoch erfüllt wurde. Schon waren mehrere Personen im Begriff, sich an der Frau zu vergreifen, als einigen Soldaten gelang, ihren aufgebrachten Kameraden zu beruhigen und aus dem Laden zu entfernen. Die Fleischverkäuferin hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als ihren Laden zu verschließen.

— [Schweden.] 4. September. Die nach meinem Berichte vom 25. v. Mts. hier schon im Erdischen gewesene Cholera ist seitdem wieder mit erneuter Heftigkeit aufgetreten und fordert täglich neue Opfer. So ist ihr heut unter hochgeachtete und in seiner aufwärtsen Thätigkeit für die durch die Krankheit beimgeschulten Familien unermäßliche Bürgermeister Butteli selbst erlegen. Die Stadt erleidet durch seinen Tod einen schweren Verlust.

Im Ganzen sind bis heut in Stadt Schweden 218, in Dorf Schweden 55, überhaupt also 273 gestorben. Wenn Sie unter den Berichten über die Thätigkeit von Vereinen zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger unsre Stadt noch nicht erwähnt gefunden haben, so ziehen Sie daraus nicht den Schluss, daß hier nichts geschehen. Außer nicht unbedeutenden Gaben an Naturalien und Verbränden hat die Stadt einen Geldbetrag von Einhundert Thalern auf übergeben.

— [Schnedemühl.] 4. September. In den heutigen Frühstunden machte der im hiesigen Gerichtsgefängnisse inhaftirte Schmidt Stochay, der das ihn zum Tode verurtheilende schwurgerichtliche Erschentniß bat rechtskräftig werden lassen, einen Fluchtversuch; derselbe ist ihm indessen nicht gelungen. — Morgen kehren unsre Männer hierher zurück. Ein festlicher Empfang wird vorbereitet.

Angekommene Fremde.

Vom 5. September.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Radomski nebst Frau aus Siecierec, Mysolf aus Gnesen und Frau v. Wilkonska aus Siecierec, Lieutenant Friedrich aus Neiße.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Salomonski aus Breslau, Filz aus Düren, Pingel aus Köln und Nördig aus Barmen, Intendanturkath Lampel nebst Frau aus Posen.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Premierlieutenant Myslinski aus Samter, Fabrikbester Steindung aus Frankfurt, die Kaufleute Brehmer aus Saalfeld und Wiesner aus Bingen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Nathan aus Berlin, Tauber und Sack aus Breslau, Fest aus Stettin, Gerhardt aus Gera, Eboden aus Bingen, Kimpel aus Dirschau, Bruno aus Celle, Voigt aus Magdeburg und Frank aus Köln, Sanitätsrath Frau Dr. Belasco, Gutsbesitzer Sperling aus Kietow.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Ulryk aus Siecierec, Arzt Dr. Breithaupt aus Böhmen, Appellationsgerichts-Referendar Buirow aus Breslau, Premierlieutenant Comitus und Lieutenant Nega aus Glas, die Kaufleute Traugott aus Bresl

Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich Donnerstag den 6. September Vormittags von 9 Uhr ab im Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1. Kleidungsstücke, Wäsche, Betten, Porzellan, Cigarren, Hans- und Wirtschafts-Geräthe und Nachmittags von 3 Uhr ab: Möbel, als Spinde, Sofas, Stühle, Spiegel, Kommoden &c. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,
königl. Auktionskommissarius.

Auktion.

Freitag den 7. September Vormittags um 9 Uhr werde ich vor dem Rathause zwei gute Statuen, darunter eine Lithauer, edler Ritter, tragend, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski,
königlicher Auktions-Kommissarius.

Verkauf eines industriellen Etablissements.

Die Erben des kürzlich verstorbenen Stadtältesten, Kaufmanns J. G. Neumann beabsichtigen zum Behn der Auseinanderreißung das zum Nachlass gehörige Geschäft-Etablissement im Termint

den 20. Oktober c.

Vormittags 10 Uhr im Hause Fischerstraße Nr. 20. hierelbst vor dem Notar, Herrn Justizrat Noesenfranz an den Meistbietenden zu verkaufen.

Das Etablissement besteht aus einem in der Stadt Bromberg am Brahesflusse belegenen Grundstücke von etwa 5 Morgen, auf dem sich

1 Ring-Ziegelofen,

3 Kalköfen,

1 Kohlenmühle,

3 kleine Speicher-Gebäude

und andere Baulichkeiten befinden; ferner aus einem Grundstücke in Czyskowice, $\frac{1}{4}$ Meile entfernt am Brahesflusse belegen, etwa 30 Morgen groß, welches vorzüglichem Thon enthält.

Der Werth des Etablissements beträgt mehr als 50,000 Thlr.

Das Geschäft ist notorisch ein blühendes. Außer obigen Grundstücken sollen im Termine den 20. Oktober c. noch mehrere an der Bahnhof- resp. Fischerstraße und Brahe belegene Bau-Parzellen gegen günstige Zahlungsbedingungen versteigert werden.

Reflektanten erhalten auf portofrei oder mündliche Anfrage nähere Auskunft durch die

J. G. Neumannschen Erben.

Bromberg, den 1. Sept. 1866.

Nachdem ich vom Militär entlassen bin, habe ich meine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Mein Bureau befindet sich in dem Hause

Friedrichstraße 36, gegenüber der Postuhr, eine Treppe hoch.

Posen, den 5. September 1866.

Mehring,
königl. Rechtsanwalt u. Notar.

Bock-Auktion

zu Buchholz bei Kreuz N.-M.

Am 12. Oktober, Mittags 12 Uhr, findet zu Buchholz die erste Auktion französischer Merino-Schafe statt, und zwar kommen zum Verkauf:

31 Vollblut-Thiere im Alter von

$\frac{1}{2}$ -2 Jahr,

29 Halbblut-Thiere im Alter von

1 Jahr.

Die erstgenannten 31 sind reinblütige Thiere aus der 1865 angekauften Herde des Herrn Lefebvre St. Escobill, während die lettgenannten 29 von Büdern dieser Race und sehr wohlerziehen Negretti-Müttern abstammen. Genaue Abstammungs-Register werden vom 15. September ab auf Verlangen per Post verschickt. Minimal-Preise 60-100 und 20-50 Thaler Preuß. Kur. per Stück.

An dem Auktionsstage stehen nach vorheriger Anmeldung zu den früh 7 $\frac{1}{2}$ Uhr von Kreuz und Stargard kommenden Bügeln Bahnhof und Arnswalde Wagen zur Abholung bereit, die in zwei Stunden Buchholz erreichen.

Die Belebung der Thiere ist jeden Tag geflottet; vor der Auktion wird kein Bock verkauft.

Buchholz bei Kreuz, den 1. Sept. 1866.

Schroeder.

Das Dom. Maake bei Del's verkauft junge Bullen und tragegende Kalben holländische Race.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

M. Graupé,

Marchand Tailleur,
16. Wilhelmsplatz 16.

Zu den bevorstehenden Einholungs-Feierlichkeiten unserer siegreichen Armee empfehle zum Schmucke der Gebäude

Preußische Fahnen mit Adler,

lestere in vorzüglicher Zeichnung, Scepter, Krone &c. daran vergoldet, zu nächst den enorm niedrigen, doch durchaus festen Preisen:

2 Ellen lange Banner mit Adler	a Stück 1 Thlr. 5 Sgr.
2½ " Fahnen	" 1 " 20 "
3 " "	" 2 " — "
4 " "	" 2 " 15 "
5 " "	" 3 " — "
6 " "	" 4 " 15 "
7 " "	" 7 " — "
10 " "	" 9 " — "

Die Fahnen bis zu 3 Ellen Länge sind an polirten Stöcken mit Goldspitze, die längeren ohne Stock und Spitze. — Die Adler sind im Regen echt, und lasse ich solche auch auf alte Fahnen, wie auch für diejenigen, welche sich die Fahnen selbst machen wollen, auf mir zugegebene neuen Stoff fertigen und berechne für einen Adler von

1 $\frac{1}{4}$ Fuß Höhe 20 Sgr., 2 $\frac{1}{2}$ Fuß Höhe 25 Sgr., 3 Fuß Höhe 1 Thlr. 10 Sgr.

Außerdem führe ich Fahnen mit in Del gemalten Adlern von 15 bis 35 Thlr.

Briefe, Selder und Pakete erhöhte mit franz. Wiederveräufern bewilligte Rabatt.

Emil Wipprecht, Fahnenfabrikant in Berlin,

Mauerstraße Nr. 87., viv-a-vis der Schützenstraße.

Montag den 10. September bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport Nezbrucher Kühe nebst Kälbern, zum Verkauf in Keiler's Hotel zum Englischem Hof.

W. Hamann, Viehhändler.

Lammwolle

bin ich beauftragt, für englische Rechnung zu kaufen und erfuhe um gefällige Oefferten und Proben.

H. C. Voigt,

Hamburg, 31. Holl. Brook.

Gute Schmelzöfen (sogenannte Porzellanoßen) mit Kamin, fünf- oder vierseitig, empfiehlt die

Mattern'sche Thonwaren-Fabrik in Glogau, und werden z. B. Bestellungen bei meinem Sezer Görke in Posen im Neubau des Hauses Nr. 1. auf der Grünstraße entgegen genommen.

Frischen Himbeersaft vorzüglicher Qualität empfiehlt in Flaschen à 9 Sgr., 17 $\frac{1}{2}$ Sgr. und 1 Thlr. 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Elsner's Apotheke.

Dienstag den 10. September bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport Nezbrucher Kühe nebst Kälbern, zum Verkauf in Keiler's Hotel zum Englischem Hof.

W. Hamann, Viehhändler.

Lammwolle

bin ich beauftragt, für englische Rechnung zu kaufen und erfuhe um gefällige Oefferten und Proben.

H. C. Voigt,

Hamburg, 31. Holl. Brook.

Gute Schmelzöfen (sogenannte Porzellanoßen) mit Kamin, fünf- oder vierseitig, empfiehlt die

Mattern'sche Thonwaren-Fabrik in Glogau, und werden z. B. Bestellungen bei meinem Sezer Görke in Posen im Neubau des Hauses Nr. 1. auf der Grünstraße entgegen genommen.

Frischen Himbeersaft vorzüglicher Qualität empfiehlt in Flaschen à 9 Sgr., 17 $\frac{1}{2}$ Sgr. und 1 Thlr. 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Elsner's Apotheke.

Dienstag den 10. September bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport Nezbrucher Kühe nebst Kälbern, zum Verkauf in Keiler's Hotel zum Englischem Hof.

W. Hamann, Viehhändler.

Lammwolle

bin ich beauftragt, für englische Rechnung zu kaufen und erfuhe um gefällige Oefferten und Proben.

H. C. Voigt,

Hamburg, 31. Holl. Brook.

Gute Schmelzöfen (sogenannte Porzellanoßen) mit Kamin, fünf- oder vierseitig, empfiehlt die

Mattern'sche Thonwaren-Fabrik in Glogau, und werden z. B. Bestellungen bei meinem Sezer Görke in Posen im Neubau des Hauses Nr. 1. auf der Grünstraße entgegen genommen.

Frischen Himbeersaft vorzüglicher Qualität empfiehlt in Flaschen à 9 Sgr., 17 $\frac{1}{2}$ Sgr. und 1 Thlr. 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Elsner's Apotheke.

Dienstag den 10. September bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport Nezbrucher Kühe nebst Kälbern, zum Verkauf in Keiler's Hotel zum Englischem Hof.

W. Hamann, Viehhändler.

Lammwolle

bin ich beauftragt, für englische Rechnung zu kaufen und erfuhe um gefällige Oefferten und Proben.

H. C. Voigt,

Hamburg, 31. Holl. Brook.

Gute Schmelzöfen (sogenannte Porzellanoßen) mit Kamin, fünf- oder vierseitig, empfiehlt die

Mattern'sche Thonwaren-Fabrik in Glogau, und werden z. B. Bestellungen bei meinem Sezer Görke in Posen im Neubau des Hauses Nr. 1. auf der Grünstraße entgegen genommen.

Frischen Himbeersaft vorzüglicher Qualität empfiehlt in Flaschen à 9 Sgr., 17 $\frac{1}{2}$ Sgr. und 1 Thlr. 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Elsner's Apotheke.

Dienstag den 10. September bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport Nezbrucher Kühe nebst Kälbern, zum Verkauf in Keiler's Hotel zum Englischem Hof.

W. Hamann, Viehhändler.

Lammwolle

bin ich beauftragt, für englische Rechnung zu kaufen und erfuhe um gefällige Oefferten und Proben.

H. C. Voigt,

Hamburg, 31. Holl. Brook.

Gute Schmelzöfen (sogenannte Porzellanoßen) mit Kamin, fünf- oder vierseitig, empfiehlt die

Mattern'sche Thonwaren-Fabrik in Glogau, und werden z. B. Bestellungen bei meinem Sezer Görke in Posen im Neubau des Hauses Nr. 1. auf der Grünstraße entgegen genommen.

Frischen Himbeersaft vorzüglicher Qualität empfiehlt in Flaschen à 9 Sgr., 17 $\frac{1}{2}$ Sgr. und 1 Thlr. 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Elsner's Apotheke.

Dienstag den 10. September bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport Nezbrucher Kühe nebst Kälbern, zum Verkauf in Keiler's Hotel zum Englischem Hof.

W. Hamann, Viehhändler.

Lammwolle

bin ich beauftragt, für englische Rechnung zu kaufen und erfuhe um gefällige Oefferten und Proben.

H. C. Voigt,

Hamburg, 31. Holl. Brook.

Gute Schmelzöfen (sogenannte Porzellanoßen) mit Kamin, fünf- oder vierseitig, empfiehlt die

Mattern'sche Thonwaren-Fabrik in Glogau, und werden z. B. Bestellungen bei meinem Sezer Görke in Posen im Neubau des Hauses Nr. 1. auf der Grünstraße entgegen genommen.

Frischen Himbeersaft vorzüglicher Qualität empfiehlt in Flaschen à 9 Sgr., 17 $\frac{1}{2}$ Sgr. und 1 Thlr. 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Elsner's Apotheke.

Dienstag den 10. September bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport Nezbrucher Kühe nebst Kälbern, zum Verkauf in Keiler's Hotel zum Englischem Hof.

W. Hamann, Viehhändler.

Lammwolle

bin ich beauftragt, für englische Rechnung zu kaufen und erfuhe um gefällige Oefferten und Pro

